MITTE MANG

Die Linke
Bezirksverband
Hamburg Mitte

August 2026

Aus gegebenem Anlass: CSD -Parade in Hamburg

Laut Polizei waren 300.000 Menschen dabei, auch die LINKE mit einem eigenen Truck. Und es war friedlich und fröhlich. Vor allem: Es ging nicht um Islamisten, die „unsere offene Gesellschaft bedrohen und dringend (trotz deutschem Pass) abgeschoben werden müssen“, sondern darum, dass wir alle dazugehören, mit allen Rechten. Grenzenlos eben … und dass wir uns keine Angst machen lassen.(siehe auch S. 6f) *Fotos: Detlef Grumbach*

***Redaktionsschluss** für die September-Ausgabe:*
Freitag, 28.08.2026

Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc, .odt oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden. Auch **Fotos** von Parteiaktivitäten werden gerne genommen!
Die **Mailadresse** ist:
stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

Inhalt:

Bezirksmitgliederversammlung	S. 2
Merz‘ Demokratieabbauprogramm	S. 3
Hiroshima-Gedenken	S. 4
Ludwig-Baumann-Fest	S. 4
Antikriegstag	S. 5
Kundgebung: Sozialstaat retten!	S. 5
Aufs Ganze gehen	S. 6
Armut als politisches Programm	S. 8
Frauen in Führungspositionen	S. 9
Working Class Heroes	S. 11
Termine / Kontakt	S. 12

Einladung zur Bezirksmitgliederversammlung der Linkspartei Hamburg-Mitte

Samstag, 29. August 2025
11:00 bis 15:30 Uhr
im Bürgerhaus Wilhelmsburg (Mengestraße 20, 21107 Hamburg)

Liebe Genoss*innen,

wir möchten euch hiermit herzlich zur nächsten Bezirksmitgliederversammlung (BMV) der Linken in Hamburg-Mitte einladen.

In Zeiten krasser Rechtsverschiebung, herzlosen Sozialabbaus und ungebremster Militarisierung ist es unsere Aufgabe, Hoffnung und Widerstand zu organisieren! Gemeinsam wollen wir darum über unsere Arbeit der letzten Zeit diskutieren und weiterentwickeln, wie wir linke Politik in Hamburg umsetzen wollen.

Unseren Vorschlag für die Tagesordnung findest du untenstehend. Hier findest du alle Infos und das laufend aktualisierte Materialpaket. Für das leibliche Wohl ist vor Ort gesorgt: Es gibt Essen und Getränke.

Wir freuen uns auf euer Kommen, spannende Debatten und gemeinsames, politisches Gestalten. Wenn ihr Fragen habt, meldet euch gerne bei uns!

Mit herzlichen & solidarischen Grüßen
Dein Bezirksvorstand (Jamila, Lea, Lina, Luzian, Rhia, Rose, Wolfgang und Yannick)

Tagesordnungsvorschlag

TOP	Beginn	Dauer	Bezeichnung
	10:30	*00:30*	*Mandatsprüfung*
0	11:00	00:45	Konstituierung · Bestimmung der Kommissionen · Beschluss der Geschäftsordnung · Beschluss der Tagesordnung
1	11:45	00:10	Begrüßung, Erläuterung der Abläufe und Bericht des Bezirksvorstands
2	11:55	00:30	Input Thomas Iwan: Es reicht! Aktiv werden gegen den Sozialabbau.
3	12:25	00:20	Allgemeine Aussprache
4	12:45	00:10	Bericht der Bezirksfraktion
5	12:55	00:10	Bericht der Abgeordneten der Bürgerschaft
3	13:05	00:20	Allgemeine Aussprache
	13:25	*00:45*	*Pause*
6	14:10	00:30	Anträge
	14:40	*00:05*	*Bewegte Pause*
7	14:45	00:05	Protest gegen Red Storm Charlie
8	14:50	00:30	Anträge
9	15:20	00:10	Verschiedenes
	15:30		*Ende*

Hinweis zu Anträgen
Jedes Mitglied ist antragsberechtigt. Anträge an die BMV können bis einschließlich 14. August an die E-Mail-Adresse des Bezirksvorstandes (bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de) als Text- oder Worddokument eingereicht werden. Der Termin der BMV ist so gewählt, dass die BMV Anträge an den Landesparteitag stellen kann. Dringlichkeits- und Initiativanträge können mit Unterstützung von mindestens 15 Mitgliedern auch unmittelbar auf der BMV eingebracht werden.

Kinderbetreuung
Besteht Bedarf, organisieren wir gerne eine Kinderbetreuung. Gib uns bitte rechtzeitig Bescheid, wenn du sie in Anspruch nehmen möchtest.

Das Demokratieabbau-Programm von Union und SPD

Von Luzian Massarrat

Anfang Juli legte die schwarz-rote Koalition in Berlin ein 34-Punkte-Reformprogramm vor, indem sie eine menge erschreckender Angriffe auf Sozialstaat und sicheres Leben in Deutschland vorstellte.

Weniger Beachtung als etwa die Pläne, Krankschreibungen schon ab dem ersten Krankheitstag einzufordern, erhielten die Ideen zum Demokratieabbau. Gleichwohl sind sie ziemlich schockierend, denn obwohl die antidemokratische AfD in der Opposition sitzt, möchte die Regierung mit vier Maßnahmen wohl schonmal Demokratie abbauen.

1. De-facto Abschaffung des Informationsfreiheitsgesetzes

Privatpersonen, Initiativen und Journalist*innen verlieren damit ein zentrales Werkzeug, um Regierungshandeln zu kontrollieren. Korruptionsskandale in der CDU bleiben damit zukünftig geheim. Durch das Informationsfreiheitsgesetz wurden immer wieder shady Machenschaften von Unionspolitiker*innen aufgedeckt - jetzt rächen sie sich dafür. Und das auf Kosten von demokratischer Kontrolle und Transparenz. Begründet wird das mit Spionageabwehr - völlig unglaubwürdig, denn sicherheitsrelevante Daten mussten ohnehin nicht veröffentlicht werden.

2. Genehmigungsfiktion

Anträge bei Behörden sollen nach 4 Monaten automatisch als genehmigt gelten - durch Entscheidung der Ministeriumsleitung kann so die Umsetzung ganzer Gesetze umgangen werden. Das Parlament wird entmachtet, die Ministerien entscheiden eigenmächtig und intransparent! Mit der Genehmigungsfiktion können Gesetze ausgehebelt werden, die parlamentarisch beschlossen wurden. So können Minister*innen und Behördenleitungen durch Anweisungen oder auch durch gezielte Unterbesetzung von Behörden dafür sorgen, dass bestimmte Gesetze einfach nicht mehr umgesetzt werden. In Hamburg wird etwa Zweckentfremdung von Wohnraum bereits jetzt kaum geprüft und die (bereits bestehende) Genehmigungsfiktion genutzt. Leidtragende sind hier Mieter*innen.

3. Abschaffung aller Berichtspflichten

Auch hier entscheiden weitestgehend die Ministerien, welche Berichtspflichten beibehalten werden sollen. Die parlamentarischen Entscheidungen zu Berichtspflichten im Gesetzgebungsverfahren kommen in die Tonne. Wenn das Parlament in einem demokratischen Gesetzgebungsverfahren Berichtspflichten eingeführt hat, hatte das seinen Grund. Diese Gründe müssen nicht sinnvoll sein und können sehr gerne in transparenten, parlamentarischen Verfahren überarbeitet und auf den Prüfstand gestellt werden! Dass jetzt pauschal alle Berichtspflichten abgeschafft werden sollen, ist aber problematisch. Und auch, dass die Ministerien die Federführung erhalten sollen bei der Entscheidung, welche Berichtspflichten beibehalten werden sollen, umgeht das Parlament.

4. Verbot der Vergesellschaftung von Wohnungen

In einem Volksentscheid haben fast 60 % der Berliner*innen sich für die Vergesellschaftung großer Wohnungskonzerne ausgesprochen. Diese basisdemokratische Initiative will die Bundesregierung jetzt nachträglich kippen. 2021 hatten sich die Berliner*innen für die Vergesellschaftung von Wohnungen ausgesprochen. Engagierte Demokrat*innen haben viel Arbeit in diese Volksinitiative gesteckt. Das alles will die Union jetzt aus ideologischen Gründen absägen - und spuckt damit auf die basisdemokratische Entscheidung der Berliner*innen. Darüber hinaus ist Vergesellschaftung in den Grundrechten des Grundgesetzes verankert - die Bundesregierung darf sie gar nicht einfach abschaffen. Das darf die SPD-Fraktion nicht mitmachen, wenn sie sich noch irgendwie in der Tradition der Sozialdemokrat*innen sieht, die den Vergesellschaftungsparagraphen ins Grundgesetz hineinverhandelt haben. Im Übrigen spricht viel dafür, dass ein solches Gesetz ohnehin verfassungswidrig wäre – wobei das die Bundesregierung schon an anderer Stelle wenig interessiert hat.

Für erfolgreiche Politik, die demokratische Grundsätze und Wähler*innen respektiert und sich Politikverdrossenheit sowie antidemokratischen Tendenzen entgegenstellt, bräuchten wir mehr Demokratie und Mitbestimmung, nicht weniger…

Gedenken an die Atombombenabwürfe 1945 auf Hiroshima und Nagasaki

Das **Pazifik-Netzwerk** und **IPPNW** laden zu der Veranstaltung ein:

Hiroshima und Nagasaki - Erinnerungskulturen in Japan Nukleare Aufrüstung und atomare Bedrohung

- **am Donnerstag, 6. August 2026**
- **um 19:00 Uhr**
- **im Seminarraum - auf dem Ponton neben der Flussschifferkirche**
  Hohe Brücke 2, 20459 Hamburg

Brigitte Drescher und **Detlef Garbe**, die sich in früheren Jahren intensiv mit der Geschichte der Atombombenabwürfe 1945 beschäftigt haben und in diesem Frühjahr Japan bereisten, berichten, nach einem kurzen historischen Rückblick, über das heutige Opfergedenken in Hiroshima, über den Friedenspark mit seinen alten und neuen Mahnmalen, das Friedensmuseum und die zuletzt entstandene „National Peace Memorial Hall for the Atomic Bomb Victims“, in der die Namen und Biografien der Opfer und die Erinnerungen der Überlebenden und Angehörigen gesammelt und bewahrt werden.

Ludwig-Baumann-Fest, Sa, 8.8.26, 15:00-22:00 Uhr, Deserteursdenkmal

Klare Kante gegen »Red Storm Charlie« – Nein zu Militarisierung und Aufrüstung!

15:00

Volker Lang, Bildhauer Führung am Deserteursdenkmal

16:00

Kai Degenhardt »Zwischen Tellerrand und Horizont« [Lieder gegen Rassismus, Krieg und Heimatschutz] ● »Wirklicher Ausschuss«: Rechenschaftsbericht zum 1. Jahrestag [szenisch] ● Carnivals Corps »Blutroter Mohn aus mir sprießt« [voc, git] ● Reinhard Kischkel 3 Minuten für Gert Krützfeldt ● René Buschmann »Weit in der Champagne im Mittsommergrün« [voc, git] ● Sedanstraßen-Initiative »Im Innenausschuss« [szenisch] ● Mitglieder der Bezirksversammlung Eimsbüttel Eine Straße nach Ludwig Baumann benennen? ● Denis Wißmann »Letzte Musik« [voc, git] ● Holger Artus »Das Schicksal des Deserteurs Justus F.« ● Hamburger Forum Atomwaffen abschaffen! ● Johann Voß »Vater bist du! Und kein Kanonenfutter« [voc, git] ● Marx’ Sisters (und Bro) »Was sagt eigentlich Tucho dazu?« [Rezi, Gesang]

20:30

OpenAirKino mit Let’sDOK: Paul Kulms »Alte Kameraden« – Beobachtungen am Kriegsklotz 1995-2010

Wir sammeln Spenden für arme Milliardäre und friedliebende Rüstungskonzerne. Bringt Bilder, Fotos und Zeichnungen gegen Red Storm Charlie mit; Wir stellen sie aus!

Veranstalter: Team Olmo e.V., Logistik: Studierende der Uni HH, Comm e.V.
Gefördert von Solifonds LINKE HH, Kulturbehörde HH

Antikriegstag – 1. September 2026

ver.di-Veranstaltung: Krise, Sozial- und Demokratieabbau, Krieg? - Aufgaben der Gewerkschaften

Während auf der einen Seite dauernd von einer (angeblichen) Wirtschafts- und Sozialkrise in Deutschland die Rede ist, ist auf der anderen Seite der Umbau unserer Gesellschaft in Richtung Rüstungsproduktion und immer stärkerer Militarisierung aller Lebensbereiche in vollem Gange. Es ist an der Zeit, sich darauf zu besinnen, dass Gewerkschaften seit jeher ein wichtiger Teil der Friedensbewegung waren und wie wir das auch jetzt wieder stärker sein können.

ver.di-Veranstaltung

- **am Dienstag, 1. September 2026**
- **um 19.00 Uhr**
- **im Klub** im Gewerkschaftshaus
- Referent: **Werner Rügemer**

Der Antikriegstag auf der Straße:

Demonstration am Antikriegstag, 1. September 2026:

Auftakt-Kundgebung: 16:30 Uhr

- am Deserteursdenkmal (Stephansplatz/Dammtor)
- Redner: Werner Rügemer
- **Abschluss-Kundgebung: 18.30 Uhr** Gewerkschaftshaus, Besenbinderhof

Aufruf des DGB/ver.di:

Kundgebung - Hart verdient:
Deine Arbeit - Deine Gesundheit - Deine Rente

Sonnabend, 26. September, fünf vor zwölf, Rathausmarkt Hamburg

Unser Sozialstaat ist kein Luxus, sondern Ausdruck gelebter Solidarität und das Rückgrat von Demokratie, Wirtschaft und sozialem Zusammenhalt. Er schützt vor Lebensrisiken und ermöglicht ein selbstbestimmtes Leben in Freiheit und Vielfalt. Zugleich ist er weit leistungsfähiger und weniger kostspielig, als seine Gegner*innen behaupten. **Deshalb gilt: Wer den Sozialstaat angreift, greift unsere Demokratie und unsere Zukunft an.**

Wir wissen: Wohlstand entsteht nicht durch Verzicht oder längere Arbeitszeiten, sondern durch gute Löhne, faire Arbeitsbedingungen und Respekt, für diejenigen, die dieses Land am Laufen halten. Aber: Die Beschäftigten arbeiten längst am Limit. **Die Pläne der Bundesregierung lösen die Krise nicht - sie wirken als Brandbeschleuniger.**
Sie gefährden den gesellschaftlichen Frieden und schwächen das Vertrauen in demokratische Institutionen. Ein starker Sozialstaat hingegen schützt uns alle und wirkt als verlässlicher Schutzschild gegen demokratie-feindliche Strömungen.
Wir stellen uns mit aller Macht dagegen! **Wir wollen eine gerechte Verteilung des Reichtums,**

den so viele erarbeiten, von dem aber wenige profitieren. Wir lehnen Kürzungen bei Renten, Kranken- und Pflegeversicherung ab. Wir sagen Nein zu einer weiteren Anhebung des Renteneintrittsalters und zur Verlagerung sozialer Risiken in private Vorsorge. Stattdessen fordern wir stabile Leistungen und eine solidarische Finanzierung, bei der hohe Vermögen endlich stärker beitragen.

Wir wollen

- eine Rente, die die Lebensleistung der Menschen anerkennt!
- die Abschaffung der sachgrundlosen Befristungen und faire Aussichten mit Sicherheit für alle!
- dass die tägliche Höchstarbeitszeit erhalten bleibt. Deshalb Finger weg vom 8-Stunden-Tag!
- dass Bosse und Regierung uns vertrauen: Wenn wir sagen, wir sind krank, sind wir krank! Wir wollen keine Krankschreibung ab dem ersten Tag!
- eine gute Versorgung und stabile Krankenversicherungen statt einfallsloser Kürzungen, miesen Arbeitsbedingungen und einseitiger Belastung der Versicherten!
- dass die Pflegeversicherung neu aufgestellt wird: Sicher, solidarisch, zukunftsfest!
- dass die geplanten Kürzungen beim Wohngeld nicht in Kraft treten. Wohnen ist ein Grundrecht!
- dass weiterhin in der Kinder-, Jugend- und Eingliederungshilfe die Schwächsten am stärksten geschützt sind!
- gute Arbeit im öffentlichen Dienst und gute Angebote für alle Bürger*innen.

Wir stehen zusammen – gegen Sozialabbau, gegen Spaltung und gegen Angriffe auf Beschäftigte.

Wir stehen zusammen für einen starken Sozialstaat, für gute Arbeit, für Demokratie, für eine offene Gesellschaft und für eine gerechte Zukunft für alle.

Wir rufen auf zur Kundgebung
Wann: Samstag, den 26. September, 5 vor 12
Wo: Hamburger Rathausmarkt

Mehr Hintergrund findest du hier: Der Mythos vom aufgeblähten Sozialstaat

und hier: Stabil bleiben - sozial gestalten

Aufs Ganze gehen:
Die Linke queer aktiv beim Hamburger CSD

Auch wenn jeder religiöse Fundamentalismus eine Bedrohung queerer Personen darstellt und es hier nichts zu beschönigen gibt: der Hauptfeind, der über Einfluss in breiten Kreisen der Gesellschaft verfügt und sogar nach Regierungsbeteiligung strebt, steht rechts. „Aufs Ganze gehen! Queere Perspektiven gegen Rechts“ hieß deshalb die Veranstaltung der LAG Queer der LINKEN im Schorsch in St. Georg, das in der CSD-„Pride Week“ unter der Regenbogenflagge als „Pride House“ firmiert hat.

Nach der Darstellung zahlreicher Aussagen und Forderungen einzelner AfD-Politiker:innen und ihrer Programme ging es darum, wie sich diese in das politisches Konzept der AfD zum Umbau der Gesellschaft einordnen, wie also auch Heteros betroffen sind und wir „aufs Ganze gehen“, also eine breite Front und gemeinsame Vorstellungen eines besseren Lebens dagegen entwickeln können. Dabei müssen wir LINKEN vor allem das betonen, was in einem engen Begriff von „Betroffenheit“ leicht verloren geht: den Klasseninhalt rechter Politik, den die Rechten ja gerade mit ihrem Kulturkampf gegen alles Fremde und Queere

übertünchen. Sie wollen einen völkischen Staat, eine „Volksgemeinschaft“, in dem das „gesunde Volk“ – egal ob Milliardär:inen oder Empfänger:innen von Grundsicherung – zusammenstehen gegen alles, was nicht reinpasst: „Flüchtlinge abschieben“ statt Kampf gegen Sozialabbau. „Inklusion abschaffen“ (und „minderwertiges Leben“ bekämpfen) statt Menschenrecht für alle usw.

Die Keimzelle ihres völkischen Staats ist die heterosexuelle, patriarchale Familie mit klaren Geschlechterrollen: Der Mann hat das Sagen und verdient das Geld, die Frau ist zu Hause, sorgt für die Familie, leistet Care-Arbeit und erzieht die Kinder – in Sachsen-Anhalt fordert die AfD sogar die Abschaffung der Schulpflicht, weil dann die Frau die Kinder frei von Indoktrination in der Schule zu „anständigen Volksgenossen“ erziehen kann. Queere Personen, insbesondere Trans*personen, stellen aber Geschlechteridentitäten und -rollen infrage, sie unterminieren das Patriarchat und nehmen dem „anständigen deutschen Mann“ und der „anständigen deutschen Frau“ das Gefühl weg, die einzigen „Richtigen“ zu sein, die „richtig“ denken, fühlen und tun. Deshalb, so die AfD, sollen sie am besten verschwinden, zumindest die Klappe halten und für ihre Projekte keine öffentlichen Gelder bekommen. Ihre Angriffe auf alles Queere (auch „Gender-Gaga“, Frühsexualisierung“ oder sonstwie genannt) sind Grundbestandteile ihres reaktionären Konzepts – ebenso wie ihre rassistische Anti-Flüchtlingspolitik oder ihre Angriffe auf die Erinnerungskultur, die das „Volk“ daran hindert, stolz auf seine Geschichte zu sein.

Angriffe auf Queeres gehören nicht nur zum Wesen ihrer politischen Ziele, sie sind auch strategisch wichtig für die AfD. Wenn sie den Klassengehalt ihrer Politik offen darlegen würde, wären Elon Musk und manche Familienunternehmer:innen (die ja für den Abriss der Brandmauer waren und dann einen opportunistischen Rückzieher gemacht haben) vielleicht zufriedener mit ihr. Aber ob sie auch so große Zustimmung erhalten würde? So ist es gegenwärtig das Kernanliegen der AfD, den politischen Diskurs und den Handlungsrahmen Schritt für Schritt nach rechts zu verschieben. Und dabei setzen sie genau dort an, wo sie eine gewisse Verunsicherung der Leute spüren, wo sie sich am ehesten als „normal“ inszenieren kann: Die wachsende Zahl von Flüchtlingen verunsichert auch in wohlwollenden konservativen, liberalen oder sogar linken Kreisen. Das gilt auch für das Gendern. Kaum startet in Hamburg 2024 das Volksbegehren für ein Gender-Verbot, schon findet das auch die CDU so „normal“, dass sie es unterstützt.

Pride House voll besetzt, Foto: Ralf Dorschel

Empörung gegen diese Politik allein hilft nicht. Wir müssen die Zusammenhänge deutlicher machen, vor allem den Klassengehalt der AfD deutlicher herausarbeiten. (Merz kann die AfD ja gar nicht halbieren, weil er dieselbe Klassenpolitik betreibt!) Und Solidarität mit den „Betroffenen“ allein hilft auch nicht – sie belässt es bei der Trennung zwischen einem „wir“ und den „Betroffenen“. Aber wie überwinden wir diese Trennlinien, wie können wir gemeinsame Vorstellungen davon entwickeln, wie wir in einer offenen und sozialen Gesellschaft zusammenleben wollen – vielleicht auch ohne bürgerliche Ehe und Familienideologie (mit allen Abhängigkeiten, inklusive Teilzeitarbeit in Leichtlohngruppen für die Frauen, Ehegattensplitting und mangelnder Kinderbetreuung usw,)? Wollen wir uns dafür einsetzen, dass soziale Sicherheit (auch von Kindern) unabhängig von der Form des Allein- oder Zusammenlebens (in Gemeinschaften aller Art) gewährleistet wird und wie kann das finanziert werden? Wollen wir am Ende auch die Heterosexuellen „queeren“, damit sie sich von den gesellschaftlichen Zwängen einer heteronormativen Gesellschaft emanzipieren können?

Solche Fragen wurden am Ende des Abends im Pride-House diskutiert. Und das sollten wir auch in der LINKEN besprechen – nicht vor und nicht nach dem Kampf um soziale Rechte und gegen die AfD, sondern in diesem Kontext einer gemeinsamen Politik. Wenn also BOs oder LAGs Lust und Interesse daran haben: Mail an die LAG Queer genügt. Wir kommen gerne vorbei.

Detlef Grumbach (LAG Queer und BO St. Georg)

Wo Armut zum politischen Programm wird

Bereits in der vorherigen Ampel- und fortgesetzt von der neuen Bundesregierung - insbesondere durch den neuen Bundeskanzlers Merz - wurde und wird eine verstärkte Hetzkampagne gegen Bürgergeld-Empfänger*innen vorangetrieben.
Unter dem Vorwand, die in den letzten Jahren gestiegenen Bundes- und Landesmittel im Sozialhaushalt reduzieren zu müssen, wurde die Bürgergeld- Regelung - ab 1.7.2026 - mehrheitlich vom Bundestag zur "Neuen Grundsicherung für Arbeitssuchende" umgewandelt.

Bundeskanzler Merz dazu: "Wir können uns 40 Milliarden Euro für das gesamte Bürgergeld nicht mehr leisten. Gut die Hälfte der Empfänger ist im erwerbsfähigen Alter - und es gibt viele offene Stellen!"
"Unter dem neuen "Grundsicherungsgeld soll es gerechter zugehen im Sozialsystem", sagte der ehemalige CDU-Generalsekretär und jetzige Gesundheitsminister Carsten Linnemann.
"Wir machen ‚Fördern und Fordern' wieder zum Prinzip. ... Wer wiederholt nicht zu Terminen erscheint oder zumutbare Arbeit ablehnt, bekommt in Zukunft keine Leistungen mehr".
Als Ziel wird sich gesetzt, mindestens 10 Prozent der Ausgaben, etwa 5 Milliarden Euro pro Jahr, einzusparen".

Ich möchte mich in diesem Artikel nur dem am meisten diskutierten Punkt widmen - und von dem auch das höchste Einsparungspotential erwartet wird.
Am Bekanntesten sind die sogenannten " Sanktionen" bei Nichtmeldung der Antragsteller bei der Arbeitsvermittlung des Jobcenters. Wer zwei zugesandte Termine - ohne triftigen Grund - verpasst, dem wird die Regelleistung um 30 (bislang jeweils 10) Prozent gekürzt. Bei dritter Nichtmeldung erfolgt die komplette Einstellung der Leistung. Besonders heikel wird es bei sogenannten "Bedarfsgemeinschaften" mit Partnern, Ehegatten und/ oder Kindern. Auch diesen Hauptantragstellern kann die Regelleistung mit entsprechendem Mietanteil gekürzt oder gestrichen werden. Die Miete muss aber weiterhin in voller Höhe gezahlt werden - und die Betroffenen benötigen Gelder für ihren Lebensunterhalt. In "krassen Fällen" bei Kürzungen bei den Familienoberhäuptern, soll/muss das Jugendamt (wegen der Kinder) eingeschaltet werden.
So trifft die Sanktion nicht nur eine Einzelperson, sondern die gesamte Bedarfsgemeinschaft.

Hatte sich doch gerade in den letzten Jahren die Arbeitsvermittlung intensiver um die sogenannten Vermittlungshemmnisse der Antragsteller gekümmert.
Das heißt, es wird geprüft, liegen z.B. Sprachhemmnisse oder fehlende - kenntnisse, fehlende Schul- und/oder Ausbildungsabschlüsse vor - können aber über verkürzte Ausbildungen, Qualifizierung, Umschulung oder Weiterbildungen die Vermittlungs - bzw. Bewerbungschancen auf dem kapitalistischen Arbeitsmarkt verbessert werden.
Aber auch - ist jemand auch noch gesundheitlich in der Lage, in Voll- oder Teilzeit zu arbeiten oder tatsächlich schon ein Erwerbsminderungsfall?
Wie ist die Betreuung der Kinder - oder vielleicht noch anderer Familienmitglieder geklärt ? Das Stigma des Dauerfaulen sollte abgebaut werden - und das Potenzial jedes/r Einzelnen gestärkt werden.

Jetzt soll grundsätzlich wieder der Vermittlungsvorrang gelten - Hauptsache Arbeit ! Weiterhin werden die Prüfungsverfahren im Schnelldurchlauf durchgezogen. Wünsche - insbesondere der unter 30jährigen - werden schnell wegen fehlender finanzieller Mittel abgeschlagen.
Wer arbeiten kann, muss seine Arbeitskraft in maximal zumutbaren Umfang einsetzen - und zwar so, dass keinerlei staatliche Unterstützung mehr notwendig ist. Insbesondere Alleinstehende sind dazu verpflichtet, in Vollzeit zu arbeiten, wenn das zumutbar ist.
Wer Kinder betreut, soll bereits nach Vollendung des 14. Lebensmonats(!) des Kindes für eine Erwerbsarbeit oder Eingliederungsmaßnahme herangezogen werden können. Bislang gilt dieses für Kinder ab dem dritten Lebensjahr. Ach ja - wenn es dann auch die Kita-Plätze überall und zu allen Zeiten gäbe!

Menschen mit gesundheitlichen Einschränkungen sollen gezielter unterstützt werden (was war bislang?).
Jugendliche, speziell in komplexen, persönlichen Lebenslagen, sollen umfassender beraten und unterstützt werden. Dafür sollen Förderrichtlinien abgeschlossen - und die Jugendberufsagenturen

gestärkt werden.
Mit dem Antragsteller wird ein schriftlicher Kooperationsplan abgeschlossen, der die Beratung, Unterstützung und/oder Vermittlung enthält. Kommen die Leistungsbezieher den Vereinbarungen nicht nach, wird die Mitwirkung durch "Verwaltungsakt mit Rechtsfolgebelehrung" (also der gelbe Brief mit Postzustellungsurkunde) verbindlich gemacht. Sprich wegen fehlender Kooperation mit Einstellung der Leistung gedroht.

Die Kampagne der CDU, Leistungsempfänger*innen der Bequemlichkeit zu verdächtigen und so zu stigmatisieren, hat gewirkt.

Sie zielt auf die Stimmung in manchen Mittelschichtmilieus, die ungehalten sind angesichts der hohen Ausgaben für das Bürgergeld. Aber auch, weil diese Milieus sich selbst zunehmend unter Druck wähnen, weil die Lebenshaltungskosten so stark steigen. Immer häufiger sind auch sie vom Scheitern ihrer selbständigen Tätigkeit trotz guter Ausbildung, Insolvenz, einer Erkrankung, einer Scheidung mit Kindern, bedroht.

Wie realistisch sind Merz' Sparziele ?

Experten widersprechen dem Kanzler, 5 Milliarden bei der Grundsicherung einsparen zu können. Gerade bei Totalverweigerern sei äußerst wenig zu holen. So viel könne man gar nicht sanktionieren. Man liege ja schon im Bereich des Existenzminimums .

DIE LINKE lehnt alle Sozialkürzungen als massiven Sozialraub ab - und mobilisiert u.a. für den bundesweiten Aktionstag gegen alle(!) gerade mehrheitlich im Bundestag verabschiedeten Kürzungen im Sozial-, Gesundheits- und Pflegebereich am Samstag, den 26. September!

Frauen in Führungspositionen

Momentan lauten die Appelle der Bundesregierung an Frauen: Arbeitet mehr, bestenfalls in Vollzeit! Seid selbstbewusster und macht, was Männer machen! Übernehmt Führungsposten! Greift einfach zu! In Deutschland führen allerdings genauso viele Frauen wie vor rund zehn Jahren und deutlich weniger als in anderen Ländern. Im vergangenen Jahr hatten laut dem Statistischen Bundesamt hierzulande etwa 1,32 Millionen Männer und nur 540.000 Frauen eine Führungsposition. Das entspricht einem Anteil von 29,1 Prozent, der sich in den vergangenen zehn Jahren nicht verändert hat.

Der europäische Durchschnitt liegt bei 35,2 Prozent. Deutschland belegt bei diesem Vergleich nur Platz 22 von 27. Am besten schneiden Schweden, Lettland und Polen ab. Auch Ungarn, Bulgarien und Estland haben eine höhere Quote.

Nach einer Auswertung der Personalberatung Russell Reynolds Associates (RRA) ist der Anteil der Top-Managerinnen in den Vorständen der 90 Unternehmen der beiden großen deutschen Börsenindices leicht gesunken. So sind im Dax 40 aktuell (Stichtag 1. Januar 2026) 25,5 Prozent der Vorstände weiblich – 0,2 Prozentpunkte weniger als im Vorjahr. Im MDax hat sich der Anteil der Frauen in Vorstandspositionen um 0,4 Prozentpunkte auf 19,5 Prozent verringert.

"Die Analyse zeigt ein ambivalentes Bild: Während einzelne Unternehmen Parität im Vorstand erreichen und der Frauenanteil insgesamt auf hohem Niveau bleibt, verliert die Entwicklung an Dynamik", sagt RRA-Experte Jens-Thomas Pietralla. Der internationale Vergleich, die Machtverteilung in den Vorständen sowie die kürzere Verweildauer von Frauen in den Gremien machen deutlich, dass eine strukturelle Gleichstellung in den deutschen Vorstandsetagen weiterhin nicht erreicht sei.

Seit 2021 gilt die im Zweiten Führungspositionengesetz (FüPoG II) festgelegte Frauenquote für Vorstände. Bei börsennotierten und paritätisch mitbestimmten Firmen mit mehr als 2.000 Beschäftigten und mehr als drei Vorstandsmitgliedern muss bei Neubesetzungen darauf geachtet werden, dass mindestens eine Frau im Vorstand sitzt. Andere börsennotierte oder mitbestimmte Unternehmen, die nicht unter die Mindestvorgabe fallen, müssen es begründen, wenn sie ihren Vorstand ohne Frauen planen - wenn sie also eine "Zielgröße Null" in ihren Berichten angeben. Geschieht das nicht, drohen Bußgelder.

Verschiedene Studien verfolgen seit Jahren die

Entwicklung der Frauenanteile in Führungspositionen. Jährlich veröffentlicht zudem "Fidar – Die Initiative für mehr Frauen in die Aufsichtsräte" ihren "Women-on-Board-Index". Hier stehen die Frauenanteile in den Aufsichtsräten im Fokus, betrachtet werden aber auch die Quoten in den Vorständen.

Fidar leistet eine wichtige Arbeit, denn Aufsichtsräte bestimmen die Vorstände. Je mehr Frauen in den Aufsichtsräten sitzen, um so wahrscheinlicher ist es, dass der Aufsichtsrat auch in den Vorständen des jeweiligen Unternehmens Frauen ernennt. Wer mehr über Fidar erfahren möchte und sich sogar dort engagieren möchte, um sich für die erfolgreiche Umsetzung der Gleichstellung einzusetzen, besucht bitte ihre Homepage: www.fidar.de

Aber woran liegt es nun, dass die Entwicklung der paritätischen Besetzung von Aufsichtsräten und Vorständen stagniert? Woran liegt es, dass noch zu wenige Führungspositionen von Frauen besetzt werden (nicht alle Unternehmen in Deutschland haben einen Aufsichtsrat und Vorstände).

Einige hochqualifizierte Frauen, die kurz davorstehen, Führungsposten zu erklimmen, stellen sich folgende Fragen: Wie sehr belastet meine Entscheidung das Familienleben? Werde ich dann noch all meinen Rollen gerecht?

Männer stellen sich diese Fragen nicht. Sie sehen vor allem das Karrieresprungbrett.

Werden Paare Eltern, passiert in der Regel Folgendes: Die meisten Frauen arbeiten weniger, um sich um das Kind zu kümmern. Die ganze Zeit Bedürfnisse im Blick haben. Probleme vorausahnen und lösen. Womöglich will man das müde und erschöpft nicht auch noch im Job, also erst mal keine Führung. Väter behalten wiederum ihre Vollzeitwoche, übernehmen im Job mitunter sogar mehr Stunden und Verantwortung, verbrauchen ihre Energie dort. In Deutschland arbeiten Frauen immer noch weniger, als sie könnten, weil sie sehen, dass sich ein Vollzeitjob nicht mit einem gelungenen Familienleben vereinen lässt. Arbeiten sie aber in Teilzeit, hätten sie deutlich geringe Chancen auf einen Chefposten. All das ist allerdings keine Zwangsläufigkeit. In anderen Ländern sind die Arbeitsbedingungen für Frauen, insbesondere für Mütter, besser als in Deutschland. In Schweden zum Beispiel gibt es das gesellschaftliche Versprechen, dass man auch als Führungskraft Zeit mit seiner Familie verbringen darf. Auch Chefinnen und Chefs müssen nicht dauerhaft erreichbar sein, können am späten Nachmittag ihre Kinder aus dem Kindergarten oder der Schule abholen, abends gemeinsam mit ihnen essen und die langen Sommerferien in einem Ferienhaus verbringen.

Es hat sich in den letzten Jahrzehnten zwar einiges positiv in Deutschland geändert, aber es gibt nach wie vor einen dringenden politischen Handlungsbedarf: Die Betreuungssituation in Kitas ist nach wie vor schlecht, also in vielen Einrichtungen arbeiten zu wenig Erzieher*innen. Mehr Anreize für eine paritätische Aufteilung von Elternzeit und Care-Arbeit ist erforderlich. Studien belegen übrigens, dass sich die traditionelle Aufteilung, also grob gesagt: Mann Karriere und Frau Kinder, seit den Fünfzigerjahren bei vielen Familien kaum verändert hat. Der deutsche Staat zementiert diesen Zustand sogar, indem er am Ehegattensplitting festhält und Väter nicht viel entschiedener an der Elternzeit beteiligt. Und ganz grundsätzlich ist eine Änderung der Mentalität im Arbeitsleben notwendig, also man muss nicht immer erreichbar sein; Familie und Führungsposition muss sich verbinden lassen und das sollte von den Unternehmen respektiert werden. Schweden macht es uns vor.

P.S. Wer mehr über den Gender Pay Gap (Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern) erfahren möchte, besucht bitte folgende Archiv-Homepage unseres MitteNmang:
www.die-linke-hamburg-mitte.de/mittenmang/
Ab Seite 7 der Dezemberausgabe 2025 habe ich zu einem Grundsatzurteil des Bundesarbeitsgerichtes bezüglich des Gender Pay Gap einen Artikel geschrieben.

Sven-Friedrich Wiese

Filmseminar gegen Austerität

Am Mittwoch, 12.08.2026, 21 Uhr,
Freiluftkino auf dem Campus Von-Melle-Park

Bei schlechtem Wetter im Oskar-Kokoschka-Hörsaal D,
(Von-Melle-Park 6, Phil D)

Einführung und Diskussion mit dem Regisseur Miloš Pušić

Working Class Heroes

Ein Film von Miloš Pušić (SRB, 2022)

Es reicht! Die spätestens seit 1990 forciert betriebene, strukturelle Enteignung der großen Mehrzahl der Bevölkerung durch eine immer reicher werdende Minderheit hat die globale Gesellschaft in eine tiefgreifende Entwicklungs-krise geführt und ist grundlegend zu überwinden. Im Namen der „Freiheit“ und der „Wohlstands-sicherung“ werden seit Jahren elementare politische, soziale und kulturelle Rechte zu-nehmend in Frage gestellt, die über die Jahrhunderte von der organisierten Arbeiterbewegung erkämpft wurden. Sie bilden die unabdingbare Basis für eine humane Wende der gesellschaftlichen Entwicklung und sind daher im globalen Maßstab vielmehr dringend neu zu verwirklichen. In den ehemals sozialistischen Gesellschaften zeigt sich dieser Widerspruch wie unter dem Brennglas. Im vormaligen Jugoslawien war die Arbeiterselbstverwaltung in den volkseigenen Betrieben ein globales Vorzeigemodell partizipativer Massendemokratie. Seit dem vorläufigen „Siegeszug“ der sog. „freien Marktwirtschaft“ herrscht hier ein Wild-West-Kapitalismus, der nicht nur sprichwörtlich zugunsten ausländischer (zumeist deutscher) Konzerne über Leichen geht – protegiert durch die EU, die sich auch noch als Inbegriff von Demokratie, Rechtsstaatlichkeit, Frieden und Fortschritt inszeniert. Zugleich bildet der historisch und kulturell im Alltagsverstand tradierte, neuerdings u.a. in den serbischen Massenprotesten wiedererwachende Geist solidarischer Widerständigkeit eine Blaupause für die notwendige Überwindung des globalen sozialen Elends.

Diese aktuell hochbedeutsamen Zusammenhänge beleuchtet der 2022 vom serbischen Regisseur Miloš Pušić veröffentlichte Spielfilm „Working Class Heroes“ in äußerst anschaulicher und bewegender Weise.

Handlungsort ist das Gelände eines von der EU geförderten „Wohnungsbauprojekts“ im serbischen Novi Sad, das den korrupten lokalen Baumagnaten unter Umgehung jeglicher Rechts- und Sicherheitsstandards zur persönlichen Bereicherung dienen soll. Damit der Deal mit den Investoren unterzeichnet werden kann, soll die unregistrierte Baustelle glaubwürdig hergerichtet werden. Dafür wird ein Trupp dringend arbeitssuchender Bauarbeiter engagiert. Ohne Verträge und entsprechenden Rechtsschutz sind sie der Willkür der aufstiegssüchtigen Baustellenleiterin Lidija und ihrem ruppigen Vorarbeiter Braco weitestgehend hilflos ausgeliefert. Immerhin: die EU liefert Blaumänner und Helme – passend zum bösen Spiel. Je näher jedoch der Tag der Vertragsunterzeichnung rückt, für den der skrupellos-dekadente Baufirmenchef extra den örtlichen Popen herbeiordert, desto mehr erkennen die zunächst eher apathisch vom besseren Leben träumenden Arbeiter ihre reale Macht. Angeleitet durch den „Professor“ in ihren Reihen, entwickeln sie ein solidarisch-renitentes Selbst-Bewusstsein, das von inszenierten Arbeitsunfällen über Bummelstreik-gestützte Lohnforderungen bis zur subversiv organisierten, offenen Konfrontation mit den ausbeuterischen Chefs und ihren menschenfeindlichen Machenschaften führt.

Der lakonisch-einfühlsam und zugleich ungemein realistisch erzählte Film bildet dabei parabelhaft den Zustand einer Gesellschaft ab, in der der Profit alles gelten soll und die vitalen, gesellschaftlichen Bedürfnisse des Einzelnen und der Allgemeinheit nichts. So entsteht ohne jegliche Dramatisierung das Bild eines alltäglich zu führenden Kampfes auf Leben und Tod, womit das tatsächliche Wesen der strukturellen Ausbeutung von seiner zuckergußartigen Erscheinung befreit wird, die vorgaukelt, Wohlstand für Alle sei möglich, wenn nur jeder das Spiel mitspiele.

Auf diese Weise wird heilsam erfassbar: Soziale Ungleichheit ist kein Schicksal. Widerstand lohnt immer und macht Andere als Seinesgleichen erkennbar. Ihre Zahl ist Legion. Der solidarische Kampf für soziale Gleichheit ist bereits die Verwirklichung der Würde Aller. Er muss nicht nur, er kann auch gewonnen werden. Auch das lehrt die Geschichte. Wir haben es in der Hand, sie wahrhaft menschlich zu gestalten.

International solidarisch – Schluss mit Austerität!

„Die Proletarier haben nichts […] zu verlieren als ihre Ketten. Sie haben eine Welt zu gewinnen.“
K. Marx/F. Engels, „Manifest der kommunistischen Partei“, 1848.

Termine in (und für) Mitte

Dienstag, 04.08. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W‘burg/Veddel**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Mittwoch, 05.08., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadteilbüro, Hansaplatz 9

Montag, 10.08., 16:30 Uhr

Treffen der **BezAG SeniorInnenpolitik**
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9

Dienstag, 11.08., 19:00 Uhr

Treffen der LAG Klimagerechtigkeit
Landesgeschäftsstelle, Burchardstraße 21

Donnerstag, 13.08., 18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 13.08. 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1 a, Abgeordnetenbüro; auf Einladung von Marie Kleinert, MdHBü

Montag,17.08., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Freitag, 21.08., 10:30 Uhr:

Treffen der **LAG Senior*innenpolitik**
Burchardstr. 21

Samstag, 29.08., ab 11 Uhr

Bezirksmitgliederversammlung
Bürgerhaus Wilhelmsburg (s. S. 2)

September 2026

Dienstag, 01.09. 16:30 Uhr

Demo zum Antikriegstag,
Deserteursdenkmal (s. S. 5)

Dienstag, 01.09. 19:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe W‘burg/Veddel**
Bürgerhaus Wilhelmsburg

Mittwoch, 02.09., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**
Stadteilbüro, Hansaplatz 9

Donnerstag, 10.09.,18:30 Uhr

Treffen der **BO Billstedt**
Kulturpalast, Öjendorfer Weg 30 a

Donnerstag, 10.09., 19:30 Uhr

Treffen der **BO St. Pauli/Neustadt/Hafencity**
Hamburger Hochstraße 1 a, Abgeordnetenbüro; auf Einladung von Marie Kleinert, MdHBü

Montag, 21.09., 19:00 Uhr

Treffen der **BO HaHoBo**
Horner Freiheit, Am Gojenboom 46

Samstag, 26.09. 11:55 Uhr

Großkundgebung Sozialstaat retten!
Rathausmarkt (s. S. 5)

Viele weitere Termine findet Ihr auf der Webseite der Partei:
https://www.die-linke-hamburg.de/aktuelles/termine/

Und der der Bürgerschaftsfraktion:
https://www.linksfraktion-hamburg.de/termine

Kontakt: Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte

Bezirksvorstand:	Telefon	Mail
Rhia Baguley		rhia.baguley@die-linke-hamburg.de
Lea Behn		lea.behn@die-linke-hamburg.de
Luzian Massarrat		luzian.massarrat@die-linke-hamburg.de
Lina Möller		lina.moeller@die-linke-hamburg.de
Rose Richter		rose.richter@die-linke-hamburg.de
Jamila Schrum		jamila.schrum@die-linke-hamburg.de
Wolfgang Strauß (Schatzmeister)		wolfgang-strauss@die-linke-hamburg-mitte.de
Yannick Yildiz		yannick.yildiz@die-linke-hamburg.de
Gesamtvorstand		bv-mitte-vorstand@lists.die-linke-hh.de
Instagram: https://www.instagram.com/dielinkehh_mitte/		
Im Netz: http://www.die-linke-hamburg-mitte.de		
Bernhard Stietz-Leipnitz (nur MitteNmang)	040 24 57 40	stietz-leipnitz@t-online.de

Spendenkonto DIE LINKE MITTE Hamburger Sparkasse IBAN: DE41 2005 0550 1213 1295 03 BIC: HASPDEHHXXX